GENDER OPEN REPOSITORIUM

Gender Mainstreaming im Politikfeld Bildung. Eine vergleichende Analyse der drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg

Crcic, Jasmina

2016

https://doi.org/10.25595/3446

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Crcic, Jasmina: *Gender Mainstreaming im Politikfeld Bildung. Eine vergleichende Analyse der drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 25 (2016) Nr: 1, 121–130. DOI: https://doi.org/10.25595/3446.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v25i1.23415

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Woods, Dorian R., 2014: Family Policy in a Global Perspective. In: Thege, Britta/Popescu-Willigmann, Silvester/Pioch, Roswitha/Badri-Höher, Sabah (Eds.): Paths to Career and Success for Women in Science. Findings from International Research. Wiesbaden, 273-287.

World Policy Analysis Center (WPAC), 2015: Adult Labor Database. Internet: http://worldpolicycenter.org/ (04.02.2016).

Zimmerman, Shirley L., 1995: Understanding Family Policy. Theories and Applications. Second Edition. Thousand Oaks, London et al.

Gender Mainstreaming im Politikfeld Bildung[1] Eine vergleichende Analyse der drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg

JASMINA CRČIĆ

Gender Mainstreaming als politische Strategie spielt aktuell sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der medialen Debatte um die Geschlechterverhältnisse im Bildungsbereich nur eine sehr untergeordnete Rolle. Bislang liegen keine Studien vor, welche die Implementierung von Gender Mainstreaming im Politikfeld Bildung analysieren und auf der Ebene der deutschen Bundesländer vergleichen. Eine derartige Analyse erscheint jedoch unerlässlich, um Bedingungen für den Erfolg oder Misserfolg dieser Strategie herausarbeiten zu können. Anhand einer Policy-Output-Analyse ging ich daher im Rahmen meines politikwissenschaftlichen Promotionsprojektes der Frage nach, wie sich die Umsetzungsstrategien von Gender Mainstreaming im Politikfeld Bildung zwischen den drei deutschen Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg unterscheiden und inwiefern diese Unterschiede im Politikprozess begründet sind. Fokussiert wird dabei auf die Phase der Implementation sowie der Evaluation. Das Politikfeld Bildung wird eingegrenzt auf die Schulpolitik und das allgemeinbildende Schulwesen. Die Untersuchung ist in der praxisbezogenen feministischen Policy-Forschung verortet und fokussiert auf den Policy-Output der Bildungsbehörden[2] der drei deutschen Stadtstaaten, welcher u.a. beschlossene Gesetze, Programme und Maßnahmen umfasst und damit „das Ergebnis des zentralen Entscheidungsprozesses“ bezeichnet (Schneider/Janning 2006, 15).
Die in Europa allgemein anerkannte Definition von Gender Mainstreaming (GM) ist die des Europarates aus dem Jahre 1998: „Gender mainstreaming is the (re)organisation, improvement, development and evaluation of policy processes, so that a gender equality perspective is incorporated in all policies at all levels and at all stages, by the actors normally involved in policy-making“ (Council of Europe 1998, 15). Ein wesentliches Merkmal ist die Konzeption von GM als Top-Down-Strategie, sodass der Auftrag zur Implementation in erster Linie an die Führungsebenen gerichtet ist.

In der Praxis kommen Vorschläge zum GM auch von Gleichstellungsinitiativen oder der Organisationsbasis und die Leitungsebene muss davon erst überzeugt werden (Bottom-Up-Prinzip, vgl. Ahrens o.J., 1ff.). Für die bildungspolitische Praxis bedeutet dies, dass in erster Linie die zuständige Bildungsverwaltung dazu aufgerufen ist, GM als Querschnittperspektive auf allen Ebenen und in allen Handlungsfeldern zu verankern. Seit dem Jahr 1998 haben sich nach und nach alle deutschen Bundesländer der Implementierung von GM verpflichtet. Welche konkreten Auswirkungen derartige Beschlüsse und Vorgaben der politischen Ebene tatsächlich auf die Praxis des jeweiligen Politikfeldes haben, kann jedoch in der Regel bisher kaum nachvollzogen werden.

Die Analyse erfolgte auf der Ebene der Bundesländer, da ihnen im Bereich der Bildungspolitik eine besonders weitreichende Gestaltungsautonomie zukommt (vgl. Hepp 2011, 166) und ist vergleichend angelegt, um zu erforschen, inwiefern die Umsetzung von GM zwischen den einzelnen Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg variiert. Diese wurden als zu analysierende Fälle ausgewählt, da sich die Strukturen ihrer Bildungssysteme sehr ähneln und die Stadtstaaten insofern eine Sonderrolle einnehmen, da sie Ansätze zu einer Zweigliedrigkeit des Schulwesens bislang am weitesten umgesetzt haben (vgl. ebd., 223). Ferner ähneln sich die bildungspolitischen Herausforderungen stark und die Stadtstaaten weisen eine gemeinsame Kontinuität auf; sie werden traditionell sozialdemokratisch regiert. Die Fallauswahl beruht entsprechend auf dem Prinzip *most similar cases but different outcome* (vgl. z.B. Schneider/Janning 2006, 46).

Der theoretische Rahmen der Untersuchung setzt sich aus einem mikropolitologischen Ansatz sowie dem historischen und soziologischen Neo-Institutionalismus zusammen. Der historische Institutionalismus fokussiert auf historische Entwicklungen und folgt einer Logik der Pfadabhängigkeit, während der soziologische Institutionalismus politische Institutionen[3] als sozial hervorgebracht und durch kulturelle Normen und Werte geprägt versteht (vgl. Schmidt 2010, 6). Die Mikropolitologie (vgl. Nullmeier/Pritzlaff/Wiesner 2003) ermöglicht es, den AkteurInnen und ihren mikropolitischen Praktiken weitreichende Bedeutung beizumessen, ohne dabei institutionelle Strukturen zu ignorieren. Ein mikropolitologischer Ansatz versucht, Fragen auf der Meso- oder Makroebene von Politik durch Entdeckungen auf der Mikroebene zu beantworten (vgl. Willner 2011, 158). Staatliche Verwaltungen können in diesem Rahmen als „gendered organizations" (Acker 1990) verstanden werden, wenngleich jüngere Arbeiten dies relativieren und davon ausgehen, „dass in der sozialen Praxis von Organisationen Geschlechteregalität und -differenz nebeneinander stehen" (Wilz 2004, 4). Die systematische Vergeschlechtlichung von Organisationen bewirkt, dass die Umsetzung von GM im Vergleich zur Umsetzung anderer Maßnahmen besonders großen Hürden ausgesetzt ist, da GM auch diese vergeschlechtlichte Substruktur tiefgreifend zu verändern sucht (vgl. Meuser 2004, 6).

Die Erforschung länderspezifischer Implementierungsbemühungen von GM im Politikfeld Schule wurde mit einem qualitativen Methodensetting bearbeitet. Zunächst

erfolgte eine Dokumentenanalyse anhand von parlamentarischen Drucksachen der drei Stadtstaaten und weiteren relevanten Dokumenten (Umsetzungsberichte, Abschlussberichte von Pilotprojekten, Strategiepapiere). Im Anschluss daran führte ich 23 leitfadengestützte ExpertInneninterviews mit VerwaltungsmitarbeiterInnen der Schul- und Gleichstellungsbehörden, thematisch interessierten und/oder zuständigen Abgeordneten des jeweiligen Landesparlamentes, VertreterInnen von bildungspolitisch und gleichstellungspolitisch aktiven Gewerkschaften und entsprechenden zivilgesellschaftlichen Initiativen und Einrichtungen. Die Auswertung wurde anschließend durch die fünf Hauptkategorien „Projekte und Aktivitäten", „Verständnis von Geschlechtergleichstellung und GM", „Motivation", „Lehrmaterial" sowie „Arbeitsstrukturen und Vernetzung" geleitet.

GM-Umsetzung in der Schulpolitik der drei Stadtstaaten

Berlin

Geschlechtergleichstellung im Schulwesen rückte in Berlin bereits Ende der 1980er-Jahre auf die politische Agenda und war seitdem kontinuierlich Gegenstand politischer Programme und Auseinandersetzungen. Trotz der frühen Initiativen Ende der 1980er-Jahre spielte der Bereich Schulpolitik im Zuge der GM-Implementierung Anfang der 2000er-Jahre nur eine sehr untergeordnete Rolle. Die Senatsverwaltung für Bildung fällt dabei aus einem sonst eher positiven Gesamtbild Berlins heraus, was sich daran zeigt, dass sie kein GM-Pilotprojekt durchführte, keine hausinternen GM-Fortbildungen veranstaltete und keine externe GM-Prozessberatung in Anspruch nahm. Die Ergebnisse für Berlin verdeutlichen, dass das Wissen über Geschlechterverhältnisse, Geschlechtergleichstellung oder GM bei den AkteurInnen in unterschiedlichem Maß vorhanden ist und eine entscheidende Rolle hinsichtlich der GM-Umsetzung spielt. Dies zeigt sich insbesondere anhand der Analyse des GM-Verständnisses der befragten schul- und gleichstellungspolitischen AkteurInnen: Eine Differenzierung zwischen Frauenförderung und GM findet im Bewusstsein einiger AkteurInnen kaum statt. Außerdem können Abwehrreaktionen gegenüber GM festgestellt werden, indem GM unter anderem mit Hinweis auf Diversity[4] als unvollständiges oder problematisches Konzept beschrieben wird. Grundsätzlich sprechen sich mehrere Berliner AkteurInnen für eine stärkere Verknüpfung unterschiedlicher Kategorien sozialer Ungleichheit aus, wenngleich GM und Diversity aus der Verwaltungsperspektive heraus auch in einem Konkurrenzverhältnis um finanzielle Ressourcen gesehen werden. Auch die Problematisierung von GM als Top-Down-Strategie spielt im Schulbereich eine zentrale Rolle. GM wird in diesem Sinne als unvereinbar mit dem Recht der Lehrkräfte auf freie Unterrichtsgestaltung gesehen. Auch die Perspektive gesellschaftlicher AkteurInnen soll im Rahmen der GM-Umsetzung in der Berliner Schulpolitik ausdrücklich berücksichtigt werden. VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen sind Mitglied im Staatssekre-

tärsausschuss zur Steuerung der Umsetzung des gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms. Von den befragten AkteurInnen werden als Arbeitszusammenhänge mit gesellschaftlichen AkteurInnen in erster Linie Zusammenhänge rund um die Durchführung des Girls' Day benannt. Die Transparenz des Berliner GM-Umsetzungsprozesses muss ebenfalls betont werden; sie stellt ein Spezifikum für Berlin dar. Dieser wird insbesondere durch die Begleitkampagne des gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms II niedrigschwellig vermittelt. Bezogen auf die spezifische GM-Umsetzung im Politikfeld Schule lässt sich allerdings eine Intransparenz feststellen, da Informationen zum Bildungsressort in den GM-Umsetzungsberichten nur in einem begrenzten Umfang bereitgestellt werden.
Eine flächendeckende Verankerung von GM im Politikfeld Schule kann für den Stadtstaat Berlin nicht festgestellt werden. Das Top-Down-Prinzip von GM stößt in der Berliner Schulpolitik an seine Grenzen, da insbesondere Führungskräfte innerhalb der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft GM nicht aufgreifen.

Bremen

In Bremen wurde die GM-Umsetzung seit Anfang des Jahrtausends durchaus mit Nachdruck vorangetrieben, was hauptsächlich auf die starke persönliche Positionierung der Bremer Landesfrauenbeauftragten und der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) zurückzuführen ist. Mit einem Senatsbeschluss, einem Konzeptpapier sowie vier GM-Umsetzungsberichten existieren mehrere zentrale Dokumente, welche den Bremer Weg in Bezug auf die GM-Umsetzung aufzeigen und zumindest bis zu einem gewissen Grad transparent machen. Das GM-Konzept enthält konkrete Vorgaben, wie die Ernennung von GM-Verantwortlichen in jedem Ressort oder die Durchführung von Pilotprojekten. In den Umsetzungsberichten wird deutlich, dass das Bildungsressort in Bremen bereits in den ersten Jahren der GM-Umsetzung eine Trägheit bezüglich der GM-Umsetzung zeigt. Dies wird u.a. anhand der fehlenden Führungskräfteschulungen, des verzögerten Starts der Pilotprojekte und der Nicht-Thematisierung von GM in zentralen schulpolitischen Rahmenplänen und Leitlinien, wie dem Orientierungsrahmen Schulqualität, deutlich.
Die Einschätzungen der befragten AkteurInnen unterstreichen diese Perspektive. Betont wird, dass es schon wenige Jahre nach Beginn der GM-Umsetzung zu einem Ressourcenabbau im Bildungsbereich gekommen sei, der u.a. zur Streichung der entsprechenden Fachstelle am Landesinstitut für Schule (LIS) führte. Seither ist das Thema GM am LIS fachlich nicht mehr angebunden. Gender-Aspekte werden nur im Rahmen der Berufsorientierung und der Durchführung des Girls' und Boys' Day thematisiert, woraus eine Einengung auf diese Themen resultiert. Vor der GM-Umsetzung standen vor allem im Rahmen der Fachstelle zur reflexiven Koedukation in den 1990er-Jahren umfassendere Ressourcen zur Verfügung. Vor diesem Hinter-

grund hat es in Bremen einen veritablen Rückschritt gegeben, der u.a. dazu geführt hat, dass das Thema vor allem individuell von einzelnen engagierten Personen bearbeitet wird und weniger durch institutionalisierte Beauftragte oder ReferentInnen mit konkretem Arbeitsauftrag. Besonders deutlich wird in Bremen die Bedeutung des vorhandenen Geschlechterwissens der AkteurInnen innerhalb der Senatsverwaltung für Bildung und des LIS. Auf der Grundlage der Dokumentenanalyse und der Analyse der ExpertInneninterviews ist ein Zusammenhang zwischen dem Geschlechterwissen einzelner AkteurInnen und dem produzierten Output der Behörde, z.B. in Form der Handreichung für gendersensible Schulen (vgl. Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit 2012), zu erkennen: In den Aussagen mehrerer AkteurInnen stehen die Themen Jungenförderung und Mangel an männlichen Grundschullehrkräften im Fokus. Diese Schwerpunktsetzung findet sich ebenfalls in der besagten Handreichung, den dazugehörigen Literaturempfehlungen sowie in den durchgeführten Projekten („Mehr Männer an die Grundschule", „Rent a Teacherman") wieder. Die Bedeutung des individuellen Geschlechterwissens zeigt sich auch in Bezug auf die GM-Konzeption der AkteurInnen. Insbesondere die Äußerungen von VerwaltungsmitarbeiterInnen verweisen auf ein Verständnis, welches vor allem die geschlechterparitätische Besetzung von Funktionsstellen und Schulgremien beinhaltet. Auch Abwehrreaktionen gegenüber GM sind zu beobachten, wie die Beschreibung von GM als veraltetes und nicht mehr zeitgemäßes Konzept zeigt. Eine Umgehung und Umdeutung von GM wird insofern vorgenommen, als dass die Zuständigkeit für die GM-Umsetzung im Schulbereich hauptsächlich auf individueller Ebene verortet wird, indem u.a. eine stärkere Selbstreflexion der Lehrkräfte und ein Ausbau ihrer Gender-Kompetenz gefordert werden. Dabei wird das Top-Down-Prinzip von GM umgangen. Nicht thematisiert wird hingegen, inwiefern VerwaltungsmitarbeiterInnen der Bildungsbehörde sowie des LIS GM in ihrem Arbeitsalltag umsetzen und woher sie das notwendige Wissen dafür beziehen.
Der Kerngedanke von GM, die Geschlechterperspektive in alle Maßnahmen der jeweiligen Fachpolitik zu integrieren, wurde in der Bremer Schulpolitik bisher nicht verwirklicht. Die Übernahme einer Steuerungsfunktion durch die Bildungsbehörde in diesem Bereich ist nicht zu erkennen. Vielmehr zeigt sich ein Konglomerat aus Einzelmaßnahmen, die unverbunden nebeneinander stehen und hauptsächlich durch individuelles Engagement getragen werden.

Hamburg

Geschlechtergleichstellung im Schulwesen rückte in Hamburg später als in Berlin oder Bremen auf die politische Agenda. Es fällt insgesamt schwer, eine klare Entwicklungslinie nachzuzeichnen, da das Thema im parlamentarischen Raum kaum verhandelt und dokumentiert wurde. Nach Analyse der vorliegenden Dokumente und ExpertInnenaussagen scheinen die Aktivitäten und Vorstöße in Hamburg vergleichsweise marginal zu sein. Diese Zurückhaltung muss auch hinsichtlich der

GM-Umsetzung insgesamt und der konkreten Umsetzung im Politikfeld Schule konstatiert werden. Ist in Berlin und Bremen zu Beginn der GM-Umsetzung zumindest politikfeldübergreifend ein systematisches Vorgehen mit konkreten Maßnahmen und Umsetzungsphasen zu erkennen, lässt sich dies für den Stadtstaat Hamburg nicht ermitteln. Auch durch das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm kann kein nennenswerter Auftrieb für GM im Politikfeld Schule verzeichnet werden. In zentralen schulpolitischen Dokumenten, wie im Orientierungsrahmen Schulqualität, wird die Geschlechterperspektive kaum berücksichtigt. Die vergeschlechtlichte Substruktur der Bildungsbehörde und des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) spielt, ähnlich wie in Berlin und Bremen, auch in Hamburg eine entscheidende Rolle hinsichtlich der GM-Umsetzung. GM wird von Hamburger AkteurInnen besonders häufig auf die individuelle Ebene verwiesen und als Frage der persönlichen Haltung verstanden. Konkrete Maßnahmen beziehen sich entsprechend vor allem auf Fortbildungsveranstaltungen oder Unterstützungsangebote für Lehrkräfte. Ähnlich wie in Berlin und Bremen verstehen mehrere befragte AkteurInnen unter dem Begriff GM vorrangig eine geschlechterparitätische Besetzung von (Funktions-)Stellen. Charakteristisch für die Situation in Hamburg ist insbesondere die ausgeprägte Intransparenz hinsichtlich der GM-Umsetzung. Diese kann sowohl insgesamt als auch speziell im Politikfeld Schule nur sehr schwer nachvollzogen werden, da keinerlei GM-Informationsmaterialien oder GM-Umsetzungsberichte erstellt werden. Abwehrreaktionen gegenüber GM lassen sich insofern feststellen, als dass eine Top-Down-Steuerung von mehreren Befragten aufgrund einer Überlastung der Schulen, einer potenziellen Gefährdung pädagogischer Freiheit und allgemein großer Unruhe im Schulbereich für problematisch gehalten wird. In Hamburg existiert kein GM-Steuerungsgremium, sodass als verbindliche Arbeitszusammenhänge lediglich der Arbeitskreis Girls' Day oder das Vernetzungstreffen „Jungen und Schule" benannt werden. Zivilgesellschaftliche AkteurInnen bringen ihre Positionen u.a. über diese Arbeitszusammenhänge ein, allerdings liegt der Fokus nicht auf der GM-Umsetzung, sondern auf pädagogischen Fragestellungen oder thematischen Veranstaltungen.
Die herausgearbeiteten Ergebnisse legen nahe, dass die zunehmende Eigenständigkeit und Selbstverantwortung der Schulen, das damit einhergehende veränderte Steuerungsverständnis der Bildungsbehörde und die Umsetzung eines inklusiven Schulwesens in Hamburg die Umsetzung von GM im Politikfeld Schule erschweren.

Fazit

Im Vergleich lässt sich erkennen, dass die GM-Umsetzung im Politikfeld Schule in allen drei Stadtstaaten bisher nur in einem sehr geringen Ausmaß erfolgte. Unterschiede können zunächst einmal zwischen Berlin und Bremen auf der einen Seite und Hamburg auf der anderen Seite festgestellt werden. Während sowohl in Berlin als auch in Bremen der übergreifende GM-Umsetzungsprozess in den ersten Jahren

der Umsetzung vorangetrieben wurde, war dies in Hamburg nicht der Fall. Die GM-Umsetzungsberichte und weitere parlamentarische Drucksachen der Stadtstaaten Berlin und Bremen zeigen, dass das Bildungsressort mit dem insgesamt positiven Bild kontrastiert. Die GM-Umsetzungsstrategien der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg im Politikfeld Schule unterscheiden sich zusammenfassend insbesondere aufgrund der folgenden Aspekte:

In den Schulbehörden und nachgeordneten Landesinstituten der drei untersuchten Stadtstaaten verfügen die relevanten AkteurInnen über unterschiedliches Geschlechterwissen: Sie äußern u.a. in Bezug auf Geschlechterdifferenzen im Schulbereich in unterschiedlichem Ausmaß homogenisierende Annahmen über „die Mädchen" oder „die Jungen". Diese spezifische vergeschlechtlichte Mikrostruktur der Behörden bewirkt, dass GM unterschiedlich interpretiert wird, unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden und die AkteurInnen insgesamt unterschiedlich agieren, wenn es zur konkreten GM-Umsetzung in diesem Politikfeld kommt. Dies spiegelt sich auch im Policy-Output der Schulbehörden wider, z.B. in Fortbildungsveranstaltungen, Rahmenvorgaben oder Handreichungen. Die Relevanz der systematischen Vergeschlechtlichung von Organisationen und die Bedeutung des vorhandenen Geschlechterwissens sind somit übergreifend besonders deutlich geworden und der mikropolitologische Kern des theoretischen Rahmens hat sich als sehr fruchtbar für die Analyse von GM-Umsetzungsprozessen herausgestellt.

Die herausgearbeiteten Unterschiede sind insofern im Politikprozess begründet, als der GM-Umsetzungsprozess in den drei Stadtstaaten in einem unterschiedlichen Ausmaß transparent gemacht wird und sich zivilgesellschaftliche AkteurInnen außerhalb der staatlichen Verwaltung unterschiedlich stark in diesen Prozess einbringen können. Auch in dieser Hinsicht hat sich der mikropolitologische Ansatz als gewinnbringend erwiesen, da so die Rolle zivilgesellschaftlicher AkteurInnen anhand von Aussagen über formelle und informelle Beziehungen, Netzwerke und Steuerungsgruppen analysiert werden konnte.

Dem historischen Institutionalismus kann hingegen nur eine bedingte Aussagekraft zugesprochen werden. Für Berlin und Bremen zeigen die Ergebnisse, dass GM dort nicht an bereits zuvor bestehende Gleichstellungsbemühungen im Politikfeld Schule anknüpfen konnte. Für Hamburg kann insofern eine Pfadabhängigkeit festgestellt werden, als dass der Stellenwert von Geschlechtergleichstellung als Thema der Schulpolitik bereits vor der GM-Einführung gering war, was sich seitdem weiter fortgesetzt hat. Im Sinne des soziologischen Institutionalismus zeigt sich in einzelnen Aussagen befragter VerwaltungsmitarbeiterInnen, dass der Vertrag von Amsterdam oder GM-Senatsbeschlüsse dazu genutzt wurden, um das eigene GM-Engagement zu legitimieren.

Insgesamt ist die Umsetzung von GM in allen drei Stadtstaaten in großem Ausmaß abhängig vom individuellen Engagement der AkteurInnen. Umsetzungshürden ergeben sich hauptsächlich durch

- die Überlagerung von GM durch andere schulpolitische Themen und Reformprozesse,
- den Fokus auf Inklusion sowie die zunehmende Arbeitsverdichtung im Schulwesen,
- das fehlende politische Commitment sowie das Fehlen bzw. die Ablehnung einer Top-Down-Steuerung und
- die Verlagerung von GM auf die individuelle Ebene und damit einhergehend die Thematisierung von GM als Frage der persönlichen Haltung.

Hinsichtlich des Zusammenspiels von GM und Prozessen der Verwaltungsmodernisierung argumentieren Ohlde und Olthoff, dass derartige Reformprozesse eine günstige Gelegenheit bieten, um GM zu implementieren (vgl. ebd. 2011, 374ff.). Sowohl GM als auch Reformen der Verwaltungsmodernisierung fordern den Umbau von Strukturen und damit auch ein Umdenken der Beschäftigten (vgl. ebd., 375). Diese Möglichkeit wird im Politikfeld Schule der drei untersuchten Stadtstaaten jedoch nicht genutzt. Die Top-Down-Konzeption von GM als politischer Strategie und die damit verbundene interne Strukturierung von Entscheidungsprozessen stoßen in der Schulverwaltung und der Schulpolitik aller drei Stadtstaaten an ihre Grenzen.
Die Ablehnung der Top-Down-Steuerung muss dabei kritisch hinterfragt werden, da sie von AkteurInnen der Verwaltung argumentativ verwendet wird, um die Verantwortung für die GM-Umsetzung von der institutionellen Ebene der Schulverwaltung auf die individuelle Ebene einzelner Lehrkräfte, SchulsozialarbeiterInnen und SchulleiterInnen zu verlagern. Dadurch wird die strukturelle Ebene ausgeblendet und der Veränderungsbedarf allein beim Individuum gesehen. Dementsprechend erklärt sich auch der Fokus auf praxisorientierte Handreichungen sowie auf Fort- und Weiterbildungen, wenn es zu GM-Umsetzungsaktivitäten im Politikfeld Schule kommt. Auch die Verwaltungsangestellten geraten so aus dem Blick.
Zu erkennen ist, dass die Schulverwaltung von mehreren AkteurInnen als äußerst passiv und wenig handlungsmächtig beschrieben wird, wenn es zur Frage der GM-Steuerung durch die Behörde kommt. Die Schulbehörden und ihre nachgeordneten Landesinstitute werden in Bezug auf GM größtenteils als Beratungs- und Serviceeinrichtungen für einzelne Schulen gesehen und weniger als starke „Agenda Setter" verstanden, die hinsichtlich der GM-Umsetzung eine Strategie vorgeben und verbindliche Vorgaben formulieren. Anstatt die Verwaltungsstrukturen selbst zu hinterfragen, Rahmenvorgaben im Sinne von GM zu überarbeiten oder GM verbindlich in die Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen Schulaufsicht und Einzelschule aufzunehmen, wird auf die Erhöhung der Gender-Kompetenz der individuellen AkteurInnen fokussiert.
Das transformative Potenzial von GM, das zum Ziel hat, die Verwaltung inklusive ihres Policy-Outputs dahingehend zu verändern, dass die Frage der Geschlechtergleichstellung in allen Bereichen gestellt und beantwortet werden muss, wird somit nicht ausgeschöpft. Für die Schulpolitik der Stadtstaaten bedarf es einer Gesamt-

strategie, die sowohl die Gender-Kompetenz auf Seiten individueller AkteurInnen erhöht als auch die zum Handeln aufgeforderten Behörden stärker in die Pflicht nimmt. Führungskräfte innerhalb der staatlichen Verwaltung müssten das Thema deutlich stärker vorantreiben und positiv besetzen. Für eine erfolgreiche GM-Umsetzung müsste außerdem eine Idee davon entwickelt werden, wie GM zu anderen schulpolitischen Themen ins Verhältnis gesetzt werden kann. Bislang bleibt der GM-Umsetzungsprozess allenfalls im ersten Schritt der Umsetzung, der Qualifizierung durch den Aufbau von Gender-Kompetenz, stecken.

Anmerkungen

1 Dieser Beitrag basiert auf meiner Dissertationsschrift mit gleichnamigem Titel (Crčić i.E.).

2 Die Bildungsbehörden der Stadtstaaten tragen unterschiedliche Bezeichnungen. Der Einfachheit halber wird in diesem Beitrag häufig der Begriff Bildungsbehörde verwendet.

3 Definiert werden Institutionen „als Regelsysteme, die kollektiv ‚verbindliche Entscheidungen' produzieren und das Verhalten von Menschen strukturieren, regulieren und ‚Ordnung herstellen'" (Göhler 2004, 213).

4 Der Ansatz des Diversity Management steht für einen Umgang mit Vielfalt, der insbesondere das mit Vielfalt verbundene Potenzial hervorhebt und nutzen will (vgl. dazu z.B. Krell 2004). In welchem Verhältnis Gender Mainstreaming oder Diversity Management zueinander stehen, ist dabei Gegenstand kontroverser Diskussionen in Gender Studies und Gleichstellungspolitik.

Literatur

Acker, Joan, 1990: Hierarchies, Jobs, Bodies. A Theory of Gendered Organizations. In: Gender & Society. 4 (2), 139-158.

Ahrens, Petra, o.J.: Top-Down-Umsetzung von Gender Mainstreaming. GenderKompetenz-Zentrum Berlin. Internet: http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/topdown.pdf (18.10.2015).

Council of Europe, 1998: Gender Mainstreaming. Conceptual Framework, Methodology and Presentation of Good Practices. Strasbourg.

Crčić, Jasmina, i.E.: Gender Mainstreaming im Politikfeld Bildung. Eine vergleichende Analyse der drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg. Unveröffentlichte Dissertationsschrift, Philipps-Universität Marburg.

Göhler, Gerhard, 2004: Institution. In: Göhler, Gerhard/Iser, Mattias/Kerner, Ina (Hg.): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden, 209-226.

Hepp, Gerd F., 2011: Bildungspolitik in Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden.

Krell, Gertraude, 2004: Managing Diversity. Chancengleichheit als Wettbewerbsfaktor. In: Krell, Gertraude (Hg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik. 4. Auflage. Wiesbaden, 41-56.

Meuser, Michael, 2004: Geschlecht und Arbeitswelt – Doing Gender in Organisationen. Vortrag im Rahmen des Workshops „Gender Mainstreaming in der Organisationskultur" am 29.4.2004 in Halle. Internet: http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/kjhgender/Vortrag290404meuser.pdf (10.1.2016).

Nullmeier, Frank/**Pritzlaff**, Tanja/**Wiesner**, Achim, 2003: Mikro-Policy-Analyse. Ethnographische Politikforschung am Beispiel Hochschulpolitik. Frankfurt/M., New York.

Ohlde, Kerstin/**Olthoff**, Marion, 2011: Verwaltungsmodernisierung und Gender Mainstreaming. In: Blanke, Bernhard/Nullmeier, Frank/Reichard, Christoph/Wewer, Göttrik (Hg.): Handbuch zur Verwaltungsreform. 4., aktualisierte und ergänzte Auflage. Wiesbaden, 371-384.

Schmidt, Vivien A., 2010: Taking Ideas and Discourse Seriously: Explaining Change through Discursive Institutionalism as the Fourth "New Institutionalism". In: European Political Science Review. 2 (1), 1-25.

Schneider, Volker/**Janning**, Frank, 2006: Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. Wiesbaden.

Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, 2012: Eine Schule für Mädchen und Jungen. Handreichung für die gendersensible Arbeit an Bremer Schulen. Bremen. Internet: https://www.bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/eine%20schule%20f%FCr%20jungen%20und%20m%E4dchen.pdf (10.1.2016).

Willner, Roland, 2011: Micro-Politics: An Underestimated Field of Qualitative Research in Political Science. In: German Policy Studies. 7 (3), 155-185.

Wilz, Sylvia M., 2004: Geschlechterdifferenzierung von und in Organisationen. Beitrag zur Veranstaltung „Organisierte soziale und kulturelle Differenzen" der Arbeitsgruppe Organisationssoziologie in der DGS auf dem 32. Soziologiekongress am 8.10.2004 in München. Internet: https://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/soziologie/lgwilz/gdiff_org_04_pdf.pdf (10.1.2016).